

Grundlagen bilden / Tvoríme základy

Mandantenbrief / Mandantný list

Aktuelles aus den Bereichen Recht, Steuern und Wirtschaft in der Slowakei
Informácie z oblastí práva, daní a ekonomiky na Slovensku

Ausgabe / vydanie: September / september 2014 · www.roedl.com/sk

Law Firm
of the
Year

2014
Tax Law

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Recht aktuell

- > Änderungen im Gesetz über das Eigentum an Wohnungen und Gewerberäumen mit Wirksamkeit ab 1.10.2014

Steuern aktuell

- > Novelle des Gesetzes Nr. 595/2003 Ges. Slg. über die Einkommenssteuer

Wirtschaft aktuell

- > Novelle des Rechnungslegungsgesetzes
- > Dienstreise, Reisekostenerstattung und deren Abrechnung

V tomto vydaní Vám prinášame:

Právo

- > Zmeny v zákone o vlastníctve bytov a nebytových priestorov účinné od 1.10.2014

Dane

- > Novela zákona č. 595/2003 Z.z. o dani príjmov

Ekonomika

- > Novela zákona o účtovníctve
- > Pracovná cesta, cestovné náhrady a ich vyúčtovanie

Recht aktuell

- > Änderungen im Gesetz über das Eigentum an Wohnungen und Gewerberäumen mit Wirksamkeit ab 1.10.2014

Von **Silvia Podlipná**, Rödl & Partner Bratislava

Am 1. Juli 2014 wurde in der Gesetzessammlung das Gesetz Nr. 205/2014 Ges. Slg. („Novelle“) veröffentlicht, durch das das Gesetz des Nationalrates der Slowakischen Republik Nr. 182/1993 Ges. Slg. über das Eigentum an Wohnungen und Gewerberäumen in der Fassung späterer Vorschriften geändert und ergänzt wird. Die wichtigsten Änderungen, die die angeführte Novelle mit sich bringt, betreffen die Verwaltung von Wohnungen und Gewerberäumen und die Beteiligungen der Eigentümer an der Verwaltung und an der Bildung der Instandhaltungsrücklage, Definierung von einigen Begriffen, die vom Gesetz bereits verwendet wurden und deren legale Definition allerdings fehlte, sowie einigen neuen Pflichten der Eigentümer von Wohnungen und Gewerberäumen und entsprechenden Berechtigungen des Verwalters bzw. des Vorsitzenden der Gemeinschaft.

Neue Definitionen

Die Novelle spezifiziert folgende Begriffe, die bereits in anderen Teilen des Gesetzes verwendet werden, und für die Zwecke dieses Gesetzes werden/wird unter

Betrieb Tätigkeiten und Mittel verstanden, die zur regelmäßigen Wartung von gemeinsamen Teilen des Hauses, gemeinsamen Einrichtungen des Hauses, Zubehör und Grundstück in einem zur ordentlichen Nutzung geeigneten Zustand, notwendig sind; für Betrieb wird auch Serviceprüfung gehalten.

Instandhaltung Tätigkeiten verstanden, die zur Erhaltung des ursprünglichen Standards und der Qualität der gemein-

samen Teile des Hauses, gemeinsamen Einrichtungen des Hauses und Zubehör notwendig sind, sowie Behebung der durch Serviceprüfung festgestellten Mängel.

Reparatur die Beseitigung einer teilweisen natürlichen Abnutzung oder Beschädigung der gemeinsamen Teile des Hauses, gemeinsamen Einrichtungen des Hauses und Zubehör wegen deren Versetzung in vorigen oder betriebsfähigen Stand verstanden.

Renovierung die Eingriffe in die gemeinsamen Teile des Hauses, gemeinsamen Einrichtungen des Hauses und Zubehör verstanden, die eine Änderung in deren Qualität oder technischen Parametern bedeuten.

Modernisierung Erneuerung, Verbesserung oder Erweiterung der Ausstattung und Verwendbarkeit der gemeinsamen Teile des Hauses, gemeinsamen Einrichtungen des Hauses und Zubehör verstanden.

Vergütung des Verwalters

Durch die Novelle wird eine gewisse Form der Sanktion gegen den Verwalter eingeführt, sofern er den Eigentümern bis zum 31. Mai keinen Bericht über seine Tätigkeit für Vorjahr hinsichtlich der Verwaltung des Hauses und Abrechnung der Instandhaltungsrücklage vorlegt; in diesem Fall hat der Verwalter keinen Anspruch auf Vergütung für die Verwaltung, und zwar bis zur Erfüllung der genannten Pflichten. Dem Verwalter steht kein Anspruch auf Vergütung auch in dem Fall zu, sofern er bis zum 30. November den jährlichen Plan von Reparaturen einschließlich der vorgeschlagenen Höhe der Vorauszahlungen zur Instandhaltungsrücklage nicht vorlegt.

Veröffentlichung der Beschaffung von Dienstleistungen

Der Verwalter ist ab 1.10.2014 verpflichtet, die Vorgehensweise bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen im Rahmen der Sicherstellung der Tätigkeit bei der Hausverwaltung, einschließlich Preisangeboten, durchlaufend zu veröffentlichen, und zwar entweder auf einem üblichen Ort im Haus oder auf seiner Webseite (falls errichtet). Wir nehmen an, dass diese Pflicht die Waren und Dienstleistungen, die nach 1.10.2014 beschafft werden (bzw. Verträge, die nach 1.10.2014 abgeschlossen werden), betreffen wird.

Liste der Nichtzahler

Der Verwalter (oder die Gemeinschaft der Eigentümer) ist berechtigt, auf einem üblichen Ort im Haus die Liste der Eigentümer von Wohnungen und Gewerberäumen zu veröffentlichen, deren Gesamtrückstand an Vorauszahlungen in die Instandhaltungsrücklage mindestens 500,- EUR beträgt.

Durch die Novelle wurde auch neue Berechtigung für den Verwalter bzw. für den Vorsitzenden der Gemeinschaft der

Eigentümer eingeführt. Der Eigentümer der Wohnung oder der Gewerberäume, der die Wohnung oder die Gewerberäume baulich verändert, hat auf Aufforderung dem Verwalter oder dem Vorsitzenden der Gemeinschaft den Zugang in die Wohnung/Gewerberäume zu ermöglichen, um zu prüfen, ob die baulichen Veränderungen die gemeinsamen Teile oder die gemeinsamen Einrichtungen des Hauses nicht gefährden, beschädigen oder ändern. Sollte er dies nicht ermöglichen, ist der Verwalter verpflichtet, die Durchführung von Bauarbeiten der Baubehörde anzuzeigen.

Vorauszahlungen

Laut dem Begründungsbericht zur Novelle benachteiligt die gegenwärtige Rechtsregelung die Eigentümer der Gewerberäume im Haus bei der Bildung der Instandhaltungsrücklage des Hauses, da die Eigentümer der Gewerberäume nicht alle gemeinsamen Teile und gemeinsamen Einrichtungen des Hauses nutzen müssen, wobei sie an deren Reparaturen in derselben Höhe wie die Eigentümer der Wohnungen, die sie täglich nutzen, beteiligt sind. Daher sollte bei der Bestimmung der Höhe der Vorauszahlungen ab 1.10.2014 der Maß der Nutzung der gemeinsamen Teile des Hauses und der gemeinsamen Einrichtungen des Hauses durch die Eigentümer der Gewerberäume und Garagen im Haus berücksichtigt werden. In der Novelle wird allerdings nicht präzisiert, wie der Umfang der Nutzung berücksichtigt werden soll, aus Kontext kann man allerdings annehmen, dass die betroffenen Eigentümer der Gewerberäume die Reduzierung der Vorauszahlungen fordern können.

Versammlung der Eigentümer von Wohnungen und Gewerberäumen und Beschlussfassung

Der umfangreichste Teil der Novelle betrifft die Regelung der Versammlung und der Abstimmung der Eigentümer von Wohnungen und Gewerberäumen.

Die Frist zur Einberufung der Eigentümerversammlung, d.h. mindestens 5 Arbeitstage vor deren Abhaltung, sowie die Frist zur Mitteilung des Ergebnisses der Versammlung, d.h. innerhalb von 5 Arbeitstagen nach deren Abhaltung auf hausübliche Art, bleiben auch nach der Novelle erhalten. Pro Wohnung und pro Gewerberaum im Haus hat der Eigentümer der Wohnung oder des Gewerberaums im Haus eine Stimme, die pro Wohnung und pro Gewerberaum im Haus anfällt. Geändert wird jedoch die Beschlussfähigkeit – laut der neuen Regelung wird die Eigentümerversammlung beschlussfähig, wenn Eigentümer von Wohnungen und Gewerberäumen im Haus anwesend sind, die **zumindest zwei Drittel der Stimmen aller Eigentümer von Wohnungen** und Gewerberäumen im Haus vertreten. Für Beschlussfassung in der Eigentümerversammlung wird die Zustimmung der **absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden Eigentümer von Wohnungen** und Gewerberäumen im Haus erforderlich sein.

Auch nach der Novellierung bleibt die Möglichkeit des „Ersatz-Quorums“ erhalten, d.h. wenn die Eigentümerversammlung

sammlung selbst eine Stunde nach dem angezeigten Beginn nicht beschlussfähig ist, ist für Beschlussfassung die absolute Mehrheit der Stimmen der anwesenden Eigentümer von Wohnungen und Gewerberäumen im Haus erforderlich. Dies gilt allerdings nicht in Fällen laut § 14 Abs. 3, letzter Satz (z.B. Genehmigung des Vertrags mit dem Verwalter, dessen Änderungen oder Kündigung, Abberufung des Vorsitzenden der Gemeinschaft, oder in Fällen, wenn das Gesetz eine größere Mehrheit erfordert usw.)

Z.B. höheres Quorum – Zweidrittelmehrheit aller Eigentümer – wird laut novellierter Fassung von § 14 Abs. 4 verlangt, sofern über Folgendes abgestimmt wird:

- > Kreditvertrag und dessen Nachträge,
- > Vertrag über die Kreditsicherung und dessen Nachträge,
- > Vertrag über die Miete und Kauf von Sachen, die mit Kaufrecht genutzt werden, und dessen Nachträge,
- > Ein- oder Aufbauvertrag und dessen Nachträge,
- > Änderung des Nutzungszwecks der gemeinsamen Teile des Hauses und der gemeinsamen Einrichtungen des Hauses oder über die Übertragung der gemeinsamen Teile des Hauses und der gemeinsamen Einrichtungen des Hauses oder des anliegenden Grundstücks oder deren Teile, und
- > Änderung der Form der Ausübung der Verwaltung in der Eigentümerversammlung.

Laut der Novelle wird auch weiterhin die schriftliche Abstimmung möglich sein, deren Regeln werden allerdings angepasst. Schriftliche Abstimmung kann von dem Vorsitzenden, Rat, Verwalter oder einem Viertel der Eigentümer, sofern der Verwalter ihrer Anforderung an schriftliche Abstimmung nicht stattgegeben hat, verkündet werden, wobei vor der schriftlichen Abstimmung die Eigentümer zumindest 7 Tage im Voraus auf hausübliche Art über Termine, Fragen und Ort der Abstimmung zu informieren sind. Die Zustimmung oder Nicht-Zustimmung äußern die Eigentümer von Wohnungen und Gewerberäumen im Haus durch eigenhändige Unterschrift unter Angabe des Datums der Unterzeichnung in der Abstimmungsurkunde; im Vertrag über die Gemeinschaft oder im Vertrag über die Ausübung der Verwaltung kann bestimmt werden, wann die amtliche Beglaubigung von Unterschriften bei der Abstimmung erforderlich ist. Sollte der Eigentümer der Wohnung oder des Gewerberaums im Haus seine Meinung in der Abstimmungsurkunde nicht kennzeichnen, ist die Stimme ungültig. Der niederstimmte Eigentümer der Wohnung oder des Gewerberaums im Haus ist berechtigt, sich innerhalb von 30 Kalendertagen (vor Novelle innerhalb von 15 Tagen) nach der Mitteilung des Ergebnisses der Abstimmung an das Gericht zu wenden, um in der Sache zu entscheiden bzw. die Wirksamkeit der Beschlussfassung der Eigentümer einzustellen, ansonsten erlischt sein Recht. Konnte der Eigentümer der Wohnung oder des Gewerberaums im Haus über das Ergebnis der Abstimmung keine Kenntnis erlangen, ist er berechtigt, sich spätestens innerhalb von drei Monaten nach der Abstimmung an das Gericht zu wenden, ansonsten erlischt sein Recht.

Für mehrere Informationen stehen wir Ihnen per E-Mail oder telefonisch unter folgenden Nummern zur Verfügung.

Kontakt für weitere Informationen



Silvia Podlipná

Rechtsanwältin (SK) in Zusammenarbeit mit Rödl & Partner Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 444

E-Mail: silvia.podlipna@roedl.sk

Steuern aktuell

> Novelle des Gesetzes Nr. 595/2003 Ges. Slg. über die Einkommenssteuer

Von Peter Alföldi, Juraj Horniak,
Rödl & Partner Bratislava

In der neuesten Ausgabe des Mandantenbriefes möchten wir Ihnen die geplante umfangreiche Novelle des Gesetzes Nr. 595/2003 Ges. Slg. über die Einkommenssteuer, die am 1.1.2015 in Kraft treten sollte, vorstellen. Sollte die Novelle im vorgeschlagenen Wortlaut verabschiedet werden, wird sie zahlreiche Änderungen für Steuerpflichtige mit sich bringen, wobei festgehalten werden kann, dass der Raum für Steueroptimierung eingeschränkt wird. Aus den wichtigsten Änderungen haben wir ausgewählt:

- > **Einführung der Unterkapitalisierungsregeln (thin capitalisation):** Der Novellenentwurf schränkt bei juristischen Personen die steuerliche Absetzbarkeit von Zinsen aus Krediten und Darlehen, gewährt durch ausländische oder inländische verbundene Personen, ein. Die Höhe des steuerlich nicht absetzbaren Teils der Zinsen wird jedoch nicht auf Grundlage des logischen Kriteriums des Verhältnisses des Eigenkapitals zu Fremdkapitalen von verbundenen Personen, sondern nur auf Grundlage des erzielten Wirtschaftsergebnisses festgesetzt. Steuerlich nicht absetzbare Aufwendungen sollten demnach Zinsen sein, die 25 % des Wertes der Kennzahl, berechnet als Summe des Wirtschaftsergebnisses vor Steuern und der darin einbezogenen Abschreibungen und Zinsaufwendungen (EBITDA) übersteigen. Die angeführten Regeln treffen nicht auf Finanzinstitutionen und Subjekte des kollektiven Investierens zu.
- > **Preissetzung bei Transaktionen mit inländischen abhängigen Personen:** Die Novelle schlägt vor, die

- Anforderungen an Verrechnungspreise bei ausländischen und inländischen abhängigen Personen in Einklang zu bringen. Die bisherige Regelung der Verrechnungspreise einschließlich der Pflicht zur Führung von Dokumentation über die herangezogene Methode bleibt unverändert gültig, ihre Wirksamkeit erweitert sich jedoch auch auf inländische abhängige (verbundene) Personen. Bei Transaktionen mit inländischen nahestehenden Personen ist daher mit Hinblick auf die Absenz eines Übergangszeitraums empfehlenswert, diese gründlich zu prüfen und durch Dokumente zu belegen.
- > **Abschreibungsgruppen, Abschreibungsmethoden:** Durch die Novelle sollte die Anzahl der Abschreibungsgruppen von den jetzigen 4 auf 6 erweitert werden, und zwar durch die Einführung der neuen Abschreibungsgruppe 3 mit Abschreibungsdauer von 8 Jahren und der neuen Abschreibungsgruppe 6 mit Abschreibungsdauer von 40 Jahren. Die neue Abschreibungsgruppe 3 sollte ausgewählte Posten der Vermögensgegenstände technologischen Charakters einschließen, die somit schneller in steuerlich absetzbare Aufwendungen gelangen werden können. In die neue Gruppe 6 sollten ausgewählte Typen von Verwaltungsgebäuden, Hotels u. dgl. umgeordnet werden. Die Änderung der Abschreibungsgruppe ist erstmals im Besteuerungszeitraum, der nach dem 31.12.2014 beginnt, zu berücksichtigen, und zwar auch bei Vermögensgegenständen, die bereits abgeschrieben werden (rückwirkende Änderungen werden nicht durchgeführt). Die Novelle sieht zugleich vor, bei der Auswahl der Abschreibungsmethode eine Einschränkung einzuführen, da die Methode der degressiven (beschleunigten) Abschreibung nur bei den (neuen) Abschreibungsgruppen 2 und 3 herangezogen werden kann.
 - > **Unterbrechung der Abschreibungen:** Im Sinne der Novelle sollte der Steuerpflichtige verpflichtet sein, steuerliche Abschreibungen im Falle der Sachanlagen, welche nicht zum Erzielen steuerbarer Einkünfte verwendet werden (mit Ausnahme von Sachanlagen mit Reserve- und Versicherungscharakter), sowie im Falle, wenn er infolge von Änderungen der Besteuerungszeiträume (von Kalenderjahr in Geschäftsjahr und umgekehrt) im Verlauf von zwei Kalenderjahren drei Besteuerungszeiträume hat, zu unterbrechen. Andererseits wird der Steuerpflichtige steuerliche Abschreibungen nicht rückwirkend unterbrechen können, bzw. unterbrochene steuerliche Abschreibungen nicht mittels einer eingereichten nachträglichen Steuererklärung rückwirkend geltend machen können, falls der korrigierte Zeitraum den Gegenstand einer Steuerprüfung darstellt oder dargestellt hat.
 - > **Auflösung der sog. Leasing-Abschreibung:** Die Novelle des Gesetzes setzt eine Vereinheitlichung der Art der Abschreibung der mittels Finanzierungsleasings gemieteten Sachanlagen mit anderen Anschaffungsformen voraus. Das sog. Leasing-Vermögen wird im Sinne der neuen Regelung beim Leasingnehmer für die im Einkommenssteuergesetz festgesetzte Dauer abgeschrieben (d.h. je nach der Einordnung in die betreffende Abschreibungsgruppe). Die neuen Regeln sollten dabei im Sinne der Übergangsbestimmungen bereits auf alle nach dem 1.1.2004 abgeschlossenen Leasingverträge Anwendung finden.
 - > **Einschränkung der Abschreibungen beim Leasinggeber:** Im Falle des operativen Leasings sollten steuerliche Abschreibungen beim Leasinggeber im Sinne der neuen Regelung durch die Höhe des periodenfremden Betrages der Einkünfte aus dem Leasing für betreffenden Besteuerungszeitraum eingeschränkt werden, wobei die Beurteilung nach einzelnen Vermögensposten erfolgen sollte.
 - > **Vereitelte Investitionen:** Gemäß der Novelle sollten vereitelte Investitionen in die Steuerbemessungsgrundlage nicht einmalig im Einklang mit ihrer Verbuchung, sondern gleichmäßig während 36 Monaten einbezogen werden, beginnend mit dem Monat, in welchem der Steuerpflichtige die Aufhebung der Arbeiten und dauerhafte Einstellung der Arbeiten verbucht hat.
 - > **Personenkraftwagen:** Die Novelle beabsichtigt, Einschränkungen für Abschreibungen im Falle von „Luxusfahrzeugen“ mit einem Wert von über 48.000 EUR einzuführen, wo Abschreibungen aus dem die Höchstgrenze übersteigenden Wert des Fahrzeuges nur dann steuerlich abzugsfähig werden, wenn der Steuerpflichtige eine ausreichend hohe Steuerbemessungsgrundlage, verhältnismäßig anfallend auf ein Luxusfahrzeug, erreicht (12.000 EUR). Eine ähnliche Einschränkung sollte im Falle des Mietzinses beim operativen Leasing von „Luxusfahrzeugen“ gelten, wo volle steuerliche Absetzbarkeit erst dann möglich sein wird, wenn die Steuerbemessungsgrundlage pro Fahrzeug 14.400 EUR erreicht.
 - > **Rückstellungen:** Im Sinne der Novelle sollte die Bildung der Rückstellung für nicht abgerechnete Lieferungen und Dienstleistungen, der Rückstellung für die Erstellung, Prüfung, Veröffentlichung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes und der Rückstellung für die Erstellung der Steuererklärung keine steuerlich absetzbare Aufwendung mehr darstellen.
 - > **Abschreibung von Forderungen:** Die Novelle verschärft weiter die Bedingungen der steuerlichen Absetzbarkeit der Abschreibung von Forderungen, da sie die Möglichkeit der Abschreibung sog. geringwertiger Forderungen im Nennwert, der den Betrag von 332 EUR nicht überschreitet, aufhebt. Die angeführten Forderungen sollten im Sinne der neuen Regelung denselben Kriterien wie die sonstigen Forderungen unterliegen. Die Abschreibung der in die steuerbaren Einkünfte nicht einbezogenen Forderungen (z.B. Kreditforderungen) sollte auch in Fällen, gebunden an den Konkurs, Todesfall des Schuldners, Einstellung der Zwangsvollstreckung bzw. Beschlussfassung (mit Ausnahme der Steuerpflichtigen – Banken oder Anbieter

- von Verbraucherkrediten), keine steuerlich absetzbare Aufwendung mehr darstellen.
- > **Nach Bezahlung abzugsfähige Aufwendungen:** Die Liste der Aufwendungen, die erst nach Bezahlung zu steuerlich absetzbaren Aufwendungen werden, wird erweitert, u. a. um Aufwendungen für Marketingstudien und andere Studien und für Marktforschung, die in die Steuerbemessungsgrundlage nach der Erfüllung der Bedingung der Bezahlung gleichmäßig während 36 Monaten einbezogen werden. Dem Kriterium der Bezahlung sollten nach der neuen Regelung auch Aufwendungen für Beratungs- und Rechtsdienstleistungen, Mietzins für die Vermietung von Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen als auch Vermittlungsentgelt (inklusive Vermittlung auf Grundlage von Mandatsverträgen oder ähnlichen Verträgen) unterliegen. Im Falle von Vermittlungsentgelten wird darüber hinaus auch die Einschränkung der steuerlichen Absetzbarkeit bis zur Höhe von 10 % vom Wert des vermittelten Geschäfts eingeführt.
 - > **Aufwendungen für Vermögensgegenstände mit Charakter des persönlichen Verbrauchs:** Bei abgegrenzten Vermögensarten (z. B. Haushaltselektronik, Möbel, Pkws) wird die Grenze der Geltendmachung steuerlich absetzbarer Aufwendungen auf deren Anschaffung, Betrieb, Reparaturen, Instandhaltung und technische Aufwertung max. bis zur Höhe von 80 % festgesetzt (die gleiche Grenze wird auf die steuerlichen Abschreibungen dieses Vermögens angewandt). Sollte der Steuerpflichtige jedoch nachweisen, dass er den betreffenden Vermögensgegenstand nur für unternehmerische Zwecke nutzt, wird er die steuerlich absetzbaren Aufwendungen in voller Höhe geltend machen können.
 - > **Vertragsstrafen, Verzugsgebühren, Verzugszinsen beim Schuldner:** Im Sinne des vorgeschlagenen Wortlauts der Novelle sollten die angeführten Aufwendungen nicht mehr steuerlich absetzbare Aufwendungen darstellen.
 - > **Mitarbeitervergünstigungen:** Nach der Novellierung des Gesetzes sollte eindeutig definiert werden, dass steuerlich absetzbare Aufwendungen des Arbeitgebers auch die „limitüberschreitenden“ Aufwendungen, beglichen als Mitarbeiteransprüche, darstellen, falls sich solche höhere Ansprüche aus dem Tarifvertrag, Arbeitsvertrag oder einem anderen Vertrag des Arbeitgebers oder aus den internen Vorschriften ergeben, und beim Mitarbeiter ein steuerbares Einkommen aus abhängiger Tätigkeit darstellen. Bei der Besteuerung der Vergünstigungen beim Mitarbeiter führt das Gesetz zwei wählbare Möglichkeiten der Berechnung des steuerbaren Einkommens (ohne bzw. mit Bruttohochrechnung der Vergünstigung) ein, wobei der Wert der Bruttohochrechnung beim Arbeitgeber ebenfalls eine steuerlich absetzbare Aufwendung darstellt.
 - > **Mitgliedsbeiträge,** stammend aus der freiwilligen Mitgliedschaft in einer juristischen Person, errichtet zwecks Interessenschutz, werden eine steuerlich absetzbare Aufwendung bis zur Höhe von 5 % der Besteuerungsgrundlage, max. jedoch bis zur Höhe von 30.000 EUR jährlich, darstellen. Im Sinne der neuen Regelung ändert sich also sowohl die Grundlage, als auch der Prozentsatz für die Berechnung.
 - > **Werbegegenstände:** Die Novelle setzt eindeutig fest, dass gewährte Tabakprodukte und Alkoholgetränke als keine Werbegegenstände betrachtet werden können. Somit werden sie keine steuerlich absetzbaren Aufwendungen darstellen, ungeachtet der Tatsache, ob deren Wert 17 EUR überschreitet oder nicht (die Bestimmung soll auf diejenigen Steuerpflichtigen nicht zutreffen, deren Haupttätigkeitsgegenstand die Herstellung von Tabakprodukten und Alkoholgetränken ist).
 - > **Frist zur Einreichung der Steuererklärung:** Die Novelle des Gesetzes rechnet erneut mit Einschränkungen beim Interesse an einer Verlängerung der Frist zur Einreichung der Steuererklärung. Die Fristverlängerung um höchstens 3 Monate, bzw. 6 Monate bei Einkünften aus Quellen im Ausland sollte daher ausschließlich auf Grundlage der Entscheidung des Steuerwalters über den Antrag des Steuerpflichtigen, eingereicht spätestens 15 Tage vor Ablauf der Standardfrist, bzw. auf eigene Veranlassung des Steuerwalters möglich sein.

Kontakt für weitere Informationen



Peter Alföldi

Steuerberater, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: peter.alfoldi@roedl.sk

Wirtschaft aktuell

> Novelle des Rechnungslegungsgesetzes

Von Zuzana Vargová, Rödl & Partner Bratislava

Durch das Gesetz Nr. 352/2013 Ges. Slg. wird eine neue Art der Rechnungseinheit, sog. Kleinstbetrieb, eingeführt.

Für einen Kleinstbetrieb kann man

- > Handelsgesellschaften
- > Genossenschaften

- > gesetzlich näher spezifizierte natürliche Personen
- > Grundstücksgemeinschaften gemäß Gesetz Nr. 97/2013 Ges. Slg. über Grundstücksgemeinschaften halten, sofern
 - sie sich entschieden haben, für die Rechnungsperiode, in der sie entstanden sind, als Kleinbetrieb vorzugehen, oder
 - zum Bilanzstichtag und für die unmittelbare Vorperiode zwei der folgenden Bedingungen nicht überschritten wurden: 350 000 EUR für die Bilanzsumme, 700 000 EUR für die Nettoumsatzerlöse und 10 Personen für die durchschnittliche umgerechnete Anzahl der Mitarbeiter, oder falls zwei der vorgenannten Bedingungen nur in einer der zwei nacheinander folgenden Rechnungsperioden überschritten wurden, wobei in der ersten Periode als Kleinbetrieb vorgegangen wurde.

Laut §2 des Rechnungslegungsgesetzes liegt es an der Rechnungseinheit, ob sie als Kleinbetrieb vorgehen wird. Falls sie sich so entscheidet, hat sie bei der Buchung und Berichterstattung als Kleinbetrieb in dem Zeitraum vorzugehen, in dem sie die gesetzlichen Bedingungen erfüllt. Ausgenommen sind Rechnungseinheiten, die die Angaben aus der Buchhaltung im Einklang mit den internationalen Rechnungslegungsstandards (§ 17 a) ausweisen.

Differenzen in der Bewertung des Vermögens beim Kleinbetrieb

- > zum Handel gehaltene Wertpapiere werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Zum Bilanzstichtag werden solche Wertpapiere zum beizulegenden Zeitwert nicht umbewertet.
- > zum Bilanzstichtag werden die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten des Kleinbetriebs weder zum beizulegenden Zeitwert noch nach der Equity-Methode bewertet. Die Ausnahme bezieht sich nicht auf den Fall des Erlöschens der Rechnungseinheit ohne Liquidation.

Novelle der Buchführungsverfahren für Unternehmer

Am 1. Januar 2014 ist die Maßnahme Nr. MF/17922/2014-74 vom 16. Dezember 2013 in Kraft getreten, durch die die Buchführungsverfahren für Unternehmer, die ihre Bücher im System der doppelten Buchführung führen, novelliert wurden.

Die Änderungen betreffen

> **Buchführung der Kleinbetriebe**

Die Vorgehensweise der Buchung von Derivaten wird spezifisch geregelt – diese werden nicht zum Zeitwert angesetzt. Die Art und Weise der Buchung bei Derivaten zum ersten Tag des Zeitraums, zu dem sie zu Kleinbetrieben wurden, wird im § 16 Abs. 32 und 33 der Buchführungsverfahren geregelt. In der Buchführung der Rechnungseinheit, die in den Vorperioden über Derivaten gebucht hat, wird der Saldo auf dem Konto 414 - Bewertungsdifferenzen aus Neubewertung

des Vermögens und der Verbindlichkeiten mit Gegenbuchung zur deren Bildung abgebucht.

Der Saldo auf dem Konto 373 – Forderungen und Verbindlichkeiten von Festgeldtransaktionen, auf dem Konto 376 - Gekaufte Optionen und auf dem Konto 377 – Verkaufte Optionen, auf denen die Veränderung des Zeitwerts von Derivaten mit Gegenbuchung in die Aufwendungen oder Erträge gebucht wurde, wird auf das Konto 428 – Gewinnvortrag oder auf das Konto 429 – Verlustvortrag abgebucht.

Buchung bei Veräußerung des Unternehmens oder Unternehmensteils des veräußernden Kleinbetriebs – zu veräußernde Vermögensgegenstände des Unternehmens oder Unternehmensteils werden auf das Aufwandskonto 548 – Sonstige betriebliche Aufwendungen und Verbindlichkeiten gegen das Konto 648 – Sonstige Erträge aus Wirtschaftstätigkeit gebucht. Der Veräußerungspreis wird auf das Konto 371 – Forderungen aus Unternehmensverkauf gegen das Konto 648 – Sonstige Erträge aus Wirtschaftstätigkeit gebucht.

Geringfügige Ertrags- und Aufwendungsbeträge, die sich jährlich wiederholen, wie z.B. Telefongebühren, Abfallgebühren, Abonnements werden periodengerecht nicht abgegrenzt.

Die an den Vermögensgegenständen außerordentlich entstehenden Schäden werden in Kleinbetrieben laut § 68 Abs. 8 – auf Konten 549, 548, 501 504, 61 – Bestandsveränderungen an innerbetrieblichen Vorräten gebucht.

> **Buchung der latenten Einkommensteuer**, die laut bisherigen Regeln auch nach Erlöschen der Pflicht zur Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer zu buchen war.

Die Gesellschaft, der die Pflicht zur Buchung der latenten Einkommensteuer erloschen ist, und die darüber selbst nicht freiwillig buchen wird, wird die auf dem Konto 481 - Latente Steuerverbindlichkeit und latente Steuerforderung ausgewiesene latente Steuer mit Gegenbuchung zur deren Bildung abbuchen, und zwar durch Buchung auf Konto 414 - Bewertungsdifferenzen aus Neubewertung des Vermögens und der Verbindlichkeiten oder auf das Konto 428 - Gewinnvortrag oder auf das Konto 429 - Verlustvortrag, sofern die Bildung auf dem Konto 592 - Latente Einkommensteuer aus laufender Tätigkeit oder auf dem Konto 594 - Latente Einkommensteuer aus außerordentlicher Tätigkeit gebucht wurde.

Für prüfungspflichtige Rechnungseinheiten erlischt die Pflicht zur Buchung über die latente Einkommensteuer nicht.

Kontakt für weitere Informationen

Zuzana Vargová

Wirtschaftsprüferin

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: zuzana.vargova@roedl.sk

> Dienstreise, Reisekostenerstattung und deren Abrechnung

Von **Ján Beleš**, Rödl & Partner Bratislava

Da in der Praxis einzelner Gesellschaften ständig Unklarheiten bei der Abrechnung von Dienstreisen auftreten, legen wir Ihnen in den folgenden Zeilen eine Übersicht der wichtigsten Informationen zur richtigen Verarbeitung der Abrechnung einer Dienstreise vor.

Entsendung auf Dienstreise und Festlegung der Bedingungen einer Dienstreise

Die **Dienstreise** stellt im Sinne des Gesetzes über Reisekostenerstattung die Zeit ab dem Reiseantritt des Arbeitnehmers zwecks Arbeitsausübung in einem anderen Ort als dessen regelmäßiger Arbeitsstätte, inklusive der Arbeitsausübung in diesem Ort bis zum Ende der Arbeitszeit, dar. Unter einer **regelmäßigen Arbeitsstätte** des Arbeitnehmers wird ein mit dem Arbeitnehmer schriftlich vereinbarter Ort der Arbeitsausübung verstanden. Im Gesetz über Reisekostenerstattung werden die allgemeinen Bedingungen der Gewährung der Reisekostenerstattung geregelt. Die Festlegung genauer Regeln und Prinzipien bei der Gewährung der Reisekostenerstattung ist in einer **internen Richtlinie** des Arbeitgebers zu regeln.

Der Arbeitgeber, der den Arbeitnehmer auf Dienstreise entsendet, ist laut § 3 des Gesetzes über Reisekostenerstattung **verpflichtet**, die Bedingungen der Dienstreise schriftlich festzulegen:

- > **Ort des Dienstreiseantritts** – üblicherweise die regelmäßige Arbeitsstätte,
- > **Ort der Arbeitsausübung während der Dienstreise** – bestimmt durch konkreten Ort,
- > **Dauer der Dienstreise** – bestimmt durch Tag und Uhrzeit des Dienstreiseantrittes und voraussichtlichen Tag, eventuell auch Uhrzeit der Beendigung der Dienstreise. Die Dauer der Dienstreise ist für die Beurteilung

des Anspruchs auf Reisekostenerstattung von Bedeutung,

- > **Transportart bei der Dienstreise** – bestimmt durch das Verkehrsmittel, das der Arbeitnehmer verwenden wird (Bus, Zug, Flugzeug, Dienst- oder Privatwagen, Taxi, örtlicher öffentlicher Personennahverkehr). Bei der Verwendung eines anderen Straßenfahrzeuges als des Fahrzeuges des Arbeitgebers ist mit dem Arbeitnehmer eine schriftliche Vereinbarung über die Verwendung eines Straßenfahrzeuges abzuschließen,
- > **Ort der Beendigung der Dienstreise.**

Der Arbeitgeber kann auch weitere Bedingungen der Dienstreise bestimmen, z. B. die Art der Unterkunft, mitreisende Personen u.ä. Die Bedingungen einer Dienstreise werden in der Praxis durch Ausfüllen eines Reiseauftrages vor dem Dienstreiseantritt festgesetzt. Der Reiseauftrag sollte alle Erfordernisse eines Rechnungsbelegs und die sich aus dem Gesetz über Reisekostenerstattung ergebenden Angaben enthalten. Die Rechtsvorschrift schreibt kein verbindliches Formular des Reiseauftrages vor.

Abrechnung der Reisekostenerstattung

Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, dem Arbeitgeber **innerhalb von 10 Arbeitstagen** nach der Beendigung der Dienstreise die zur Abrechnung der Reisekostenerstattung notwendigen schriftlichen Belege vorzulegen und den nicht abgerechneten Vorschuss zurückzugeben.

Die Frist kann im Tarifvertrag, in der schriftlichen Vereinbarung mit dem Arbeitnehmer oder in der internen Vorschrift des Arbeitgebers verlängert werden. Die Frist kann jedoch längstens bis zum Ende des Folgekalendermonates nach dem Kalendermonat, in dem die Dienstreise beendet wurde, verlängert werden.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Abrechnung der Dienstreise **innerhalb von 10 Tagen** nach dem Vorlegen der schriftlichen Belege vorzunehmen und die Ansprüche des Arbeitnehmers zu befriedigen.

Die Frist kann ebenfalls im Tarifvertrag, in der schriftlichen Vereinbarung mit dem Arbeitnehmer oder in der internen Vorschrift des Arbeitgebers verlängert werden. Die Frist kann jedoch längstens bis zum Ende des Folgekalendermonates nach dem Kalendermonat, in dem die schriftlichen Belege vorgelegt wurden, verlängert werden.

Im Sinne des Gesetzes Nr. 283/2002 Ges. Slg. über Reisekostenerstattung steht dem auf eine Dienstreise entsandten Arbeitnehmer Folgendes zu:

1. Erstattung der nachgewiesenen Fahrtkosten,
2. Erstattung der nachgewiesenen Übernachtungskosten,
3. Verpflegungspauschale,
4. Erstattung der nachgewiesenen notwendigen Nebenkosten,
5. Erstattung der nachgewiesenen Reisekosten, angefallen im Rahmen der Reise zwecks Besuchs der Familie im

Wohnort oder in dem zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer im Voraus vereinbarten Aufenthaltsort der Familie im Gebiet der Slowakischen Republik, falls die Dienstreise im Sinne der festgesetzten Bedingungen länger als 7 nacheinander folgende Kalendertage dauert, und zwar für jede Woche, es sei denn im Tarifvertrag, ggf. im Arbeitsvertrag oder in einer anderen schriftlichen Vereinbarung mit dem Arbeitnehmer ist diese Erstattung für eine längere Zeit vereinbart, längstens jedoch für einen Monat.

1. Erstattung der nachgewiesenen Fahrtkosten

Die Erstattung der nachgewiesenen Fahrtkosten gehört im Sinne des Gesetzes über Reisekostenerstattung zu den Anspruchserstattungsleistungen. Unter Fahrtkosten werden verstanden:

- > Fahrkartenkosten (Bus, Zug),
- > Flugticketkosten (Flugzeug),
- > Kosten des öffentlichen Personennahverkehrs.

Sollte der Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber **schriftlich** vereinbaren, dass er während der Dienstreise Privatfahrzeug verwenden wird, steht ihm Erstattung für die Verwendung von Straßenfahrzeugen bei Dienstreisen laut § 7 des Gesetzes über Reisekostenerstattung zu. Laut § 7 Abs. 1 steht dem Arbeitnehmer die grundlegende Erstattung pro Kilometer (Kilometerpauschale) und die Erstattung für verbrauchte Treibstoffe zu.

- > **Kilometerpauschale** – ist mit Wirksamkeit ab dem 1.1.2009 bis zum heutigen Tage im Sinne der Verordnung des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Familie der Slowakischen Republik Nr. 632/2008 Ges. Slg. über Beträge des Grunderstattung für die Verwendung von Straßenfahrzeugen während Dienstreisen in Form eines Festbetrages für Pkws in Höhe von 0,183 EUR festgesetzt.
- > **Erstattung für verbrauchte Treibstoffe** – wird in Abhängigkeit von der Gesamtanzahl der gefahrenen Kilometer, der Treibstoffpreise, gültig in der Zeit der Verwendung des Fahrzeuges und dem im Fahrzeugschein angeführten Treibstoffverbrauchs festgesetzt. Den Treibstoffpreis weist der Arbeitnehmer mittels eines Belegs über den Treibstoffkauf, aus welchem der **Zusammenhang mit der Dienstreise offensichtlich ist**, nach. Weist der Arbeitnehmer den Treibstoffpreis nicht nach, wird für die Berechnung der in der Zeit des Dienstreiseantrittes durch das Statistikamt der Slowakischen Republik ermittelte gültige Preis verwendet.

2. Erstattung der nachgewiesenen Übernachtungskosten

Die Erstattung der Übernachtungskosten steht dem Arbeitnehmer auf Grundlage der vorgelegten Belege über die Unterkunft, die die Grunderfordernisse eines Rechnungsbelegs gemäß § 10 des Gesetzes Nr. 431/2002 Ges. Slg. über Rechnungslegung enthalten müssen, zu.

3. Verpflegungspauschale

Die Verpflegungspauschale hängt von der Dauer der Dienstreise während eines Kalendertages ab. Die Verpflegungspauschale wird bei einer **Dienstreise im Inland** durch die Verordnung des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Familie der Slowakischen Republik festgesetzt. Mit Wirksamkeit ab dem 24.8.2012 gelten im Sinne der Verordnung des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Familie der Slowakischen Republik Nr. 248/2012 Ges. Slg. die folgenden Verpflegungspauschalen:

- > 4,00 EUR für den Zeitraum von 5 bis 12 Stunden,
- > 6,00 EUR für den Zeitraum von über 12 bis 18 Stunden,
- > 9,30 EUR für den Zeitraum von über 18 Stunden.

Die Grundsätze der Verpflegungspauschale in Euro oder in Fremdwährung pro Kalendertag einer **Dienstreise im Ausland** sind durch die allgemein verbindliche Rechtsvorschrift, herausgegeben durch das Finanzministerium der Slowakischen Republik, festgesetzt. Der grundlegende Satz der Verpflegungspauschale für eine Dienstreise im Ausland wird in Abhängigkeit von der Dauer der Dienstreise im Ausland wie folgt festgesetzt:

Dauer der Dienstreise im Ausland	Erstattung der Verpflegungspauschale
bis zu inklusive 6 Stunden	25 % des grundlegenden Satzes der Verpflegungspauschale
über 6 Stunden bis zu 12 Stunden	50 % des grundlegenden Satzes der Verpflegungspauschale
über 12 Stunden	100 % des grundlegenden Satzes der Verpflegungspauschale

Im Sinne des Gesetzes über Reisekostenerstattung wird die Verpflegungspauschale dem Arbeitnehmer **gekürzt**, falls ihm kostenfreie Verpflegung für jedweden Tag der Dienstreise nachweisbar gewährt wurde. Der Arbeitnehmer hat die Information über die Gewährung kostenfreier Verpflegung in der Abrechnung der Dienstreise anzuführen. Der Grundbetrag der Verpflegungspauschale wird in Abhängigkeit von der gewährten Verpflegung wie folgt gekürzt:

Kürzung der Verpflegungspauschale bei einer Dienstreise im Inland:

Frühstück – 25 % vom Betrag der Verpflegungspauschale für den Zeitraum von über 18 Stunden,
Mittagessen – 40 % vom Betrag der Verpflegungspauschale für den Zeitraum von über 18 Stunden,
Abendessen – 35 % vom Betrag der Verpflegungspauschale für den Zeitraum von über 18 Stunden.

Kürzung der Verpflegungspauschale bei einer Dienstreise im Ausland:

Frühstück – 25 % vom Betrag der Verpflegungspauschale für den Zeitraum von über 12 Stunden,
Mittagessen – 40 % vom Betrag der Verpflegungspauschale für den Zeitraum von über 12 Stunden,

Abendessen – 35 % vom Betrag der Verpflegungspauschale für den Zeitraum von über 12 Stunden.

Kontakt für weitere Informationen



Ján Beleš

Buchhalter, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: jan.beles@roedl.sk

Právo

> Zmeny v zákone o vlastníctve bytov a nebytových priestorov účinné od 1.10.2014

Von Silvia Podlipná, Rödl & Partner Bratislava

Dňa 1. júla 2014 bol v zierke zákonov zverejnený zákon č. 205/2014 Z.z. („novela“), ktorým sa mení a doplňa zákon NR SR č. 182/1993 Z.z. o vlastníctve bytov a nebytových priestorov v znení neskorších predpisov. Hlavné zmeny, ktoré priniesla uvedená novela, sa týkajú správy bytov a nebytových priestorov a účasti vlastníkov na správe a na tvorbe fondu údržby a opráv, zariadenia niektorých pojmov, ktoré zákon dovtedy používal a ktorých legálna definícia chýbala a niektorých nových povinností vlastníkov bytov a nebytových priestorov a im korešpondujúcich oprávnení správcu resp. predsedu spoločenstva.

Nové definície

Novela uvádza nasledovné špecifikovanie pojmov, používaných už v iných častiach zákona a na účely tohto zákona sa:

Prevádzkou rozumejú činnosti a prostriedky potrebné na pravidelné udržiavanie spoločných častí domu, spoločných zariadení domu, príslušenstva a pozemku v stave spôsobilom na ich riadne užívanie; za prevádzku sa považuje aj servisná kontrola.

Údržbou sa rozumejú činnosti, ktoré sú potrebné na zachovanie pôvodného štandardu a kvality spoločných častí domu, spoločných zariadení domu a príslušenstva, ako aj odstránenie nedostatkov zistených servisnou kontrolou.

Opravou sa rozumie odstránenie čiastočného fyzického opotrebovania alebo poškodenia spoločných častí domu, spoločných zariadení domu a príslušenstva z dôvodu ich

uvedenia do predchádzajúceho alebo prevádzkyschopného stavu.

Rekonštrukciou sa rozumejú zásahy do spoločných častí domu, spoločných zariadení domu a príslušenstva, ktoré znamenajú zmenu v ich kvalite alebo technických parametroch.

Modernizáciou sa rozumie obnova, zlepšenie alebo rozšírenie vybavenosti a použiteľnosti spoločných častí domu, spoločných zariadení domu a príslušenstva.

Odmena správcu

Novela zaviedla istú formu sankcie voči správcovi v prípade, ak nepredloží vlastníkom správu o svojej činnosti za predchádzajúci rok týkajúcu sa správy domu a vyúčtovanie fondu prevádzky, údržby a opráv v lehote do 31. mája; v tomto prípade správca nemá nárok na odmenu za správu a to až do splnenia uvedených povinností. Správca nebude mať nárok na odmenu aj v prípade, ak do 30. novembra nepredloží ročný plán opráv vrátane navrhnuitej výšky preddavkov do fondu prevádzky, údržby a opráv.

Zverejňovanie obstarávania služieb

Správca je od 1.10.2014 povinný priebežne zverejňovať postup pri obstarávaní tovarov a služieb v rámci zabezpečovania činnosti pri správe domu, vrátane cenových ponúk, a to buď na mieste obvyklom v dome, alebo na svojom webovom sídle (ak ho má zriadené). Predpokladáme, že táto povinnosť sa bude týkať služieb a tovarov obstarávaných resp. zmlúv uzatvorených po 1.10.2014.

Zoznam neplatičov

Správca alebo spoločenstvo vlastníkov je oprávnený zverejňovať na mieste obvyklom v dome zoznam vlastníkov bytov a nebytových priestorov, ktorí majú úhrnnú výšku nedoplatkov na preddavkoch do fondu prevádzky, údržby a opráv a úhradách za plnenie aspoň 500,- EUR.

Novela zaviedla aj nové oprávnenie pre správcu resp. predsedu spoločenstva vlastníkov. Vlastník bytu alebo nebytového priestoru, ktorý stavebne upravuje byt alebo nebytový priestor, je na výzvu povinný umožniť správcovi alebo predsedovi spoločenstva prístup do bytu/nebytového priestoru z dôvodu kontroly, či stavebné úpravy neohrozujú, nepoškodzujú alebo nemenia spoločné časti alebo spoločné zariadenia domu. Ak to neumožní, správca je povinný oznámiť vykonávanie stavebných prác stavebnému úradu

Preddavky

Podľa dôvodovej správy k novele súčasná právna úprava znevýhodňuje vlastníkov nebytových priestorov v dome pri tvorbe fondu prevádzky, údržby a opráv domu, pretože vlastníci nebytových priestorov nemusia využívať všetky spoločné časti a spoločné zariadenia domu, pričom sa na ich opravách podieľajú v rovnakej výške ako vlastníci bytov, ktorí ich dennodenne užívajú. Preto pri určení výšky pred-

davkov sa od 1.10.2014 má zohľadňovať miera využívania spoločných častí domu a spoločných zariadení domu vlastníckmi nebytových priestorov a garáží v dome. Novela však bližšie neupresňuje, akým spôsobom sa rozsah užívania má zohľadňovať, z kontextu však možno predpokladať, že dotknutí vlastníci nebytových priestorov budú môcť požadovať zníženie preddavkov.

Schôdza vlastníkov bytov a nebytových priestorov a rozhodovanie

Najrozsiahlejšia časť novely sa týka úpravy schôdze a hlasovania vlastníkov bytov a nebytových priestorov.

Lehota na zvolanie schôdze vlastníkov – min. 5 pracovných dní pred jej konaním, ako aj lehota na oznámenie výsledku schôdze – t.j. do 5 pracovných dní od jej konania spôsobom v dome obvyklým, ostávajú aj po novele zachované. Za každý byt a nebytový priestor v dome má vlastník bytu alebo nebytového priestoru v dome jeden hlas pripadajúci na byt alebo nebytový priestor v dome. Mení sa však uznášaniaschopnosť – podľa novej úpravy bude schôdza vlastníkov uznášaniaschopná, ak sú prítomní vlastníci bytov a nebytových priestorov v dome, ktorí majú **aspoň dve tretiny hlasov všetkých vlastníkov bytov** a nebytových priestorov v dome a na prijatie rozhodnutia na schôdzi vlastníkov bude potrebný súhlas **nadpolovičnej väčšiny hlasov prítomných vlastníkov bytov** a nebytových priestorov v dome.

Aj po novelizácii ostáva zachovaná možnosť „náhradného“ kvóra – a to v prípade, ak schôdza vlastníkov nie je ani hodinu po oznámenom začatí schôdze vlastníkov uznášaniaschopná, bude na prijatie rozhodnutia potrebná nadpolovičná väčšina hlasov prítomných vlastníkov bytov a nebytových priestorov v dome. To však neplatí v prípadoch vymedzených v poslednej vete § 14 ods. 3 (napr. schválenie zmluvy so správcom, jej zmeny alebo výpoveď, odvolanie predsedu spoločenstva, či v prípadoch, ak zákon vyžaduje vyššiu väčšinu atď.)

Napríklad, vyššie kvórum – dvojtretinová väčšina hlasov všetkých vlastníkov – sa vyžaduje podľa novelizovaného znenia § 14 ods. 4 v prípade, ak vlastníci hlasujú o:

- > zmluve o úvere a o každom dodatku k nej,
- > zmluve o zabezpečení úveru a o každom dodatku k nej,
- > zmluve o nájme a kúpe vecí, ktorú užívajú s právom jej kúpy a o každom dodatku k nej,
- > zmluve o vstavbe alebo nadstavbe a o každom dodatku k nim,
- > zmene účelu užívania spoločných častí domu a spoločných zariadení domu alebo o prevode spoločných častí domu, spoločných zariadení domu alebo príslušného pozemku alebo ich častí, a
- > zmene formy výkonu správy na schôdzi vlastníkov.

Podľa novely bude možné aj naďalej písomné hlasovanie, ktoré bude mať upravené pravidlá. Písomné hlasovanie môže vyhlásiť predseda, rada, správca alebo štvrtina vlast-

níkov ak správca alebo rada nevyhoveli ich požiadavke na písomné hlasovanie, pričom pred písomným hlasovaním musia byť vlastníci aspoň 7 dní vopred informovaní spôsobom v dome obvyklým o termíne, otázkach a mieste hlasovania. Súhlas alebo nesúhlas vyjadrujú vlastníci bytov a nebytových priestorov v dome vlastnoručným podpisom s uvedením dátumu podpisu na hlasovacej listine; zmluva o spoločenstve alebo zmluva o výkone správy môže určiť, kedy je potrebné úradné overenie podpisov pri hlasovaní. Ak vlastník bytu alebo nebytového priestoru v dome nevyznačí svoj názor na hlasovacej listine, je hlas neplatný. Prehlasovaný vlastník bytu alebo nebytového priestoru v dome má právo obrátiť sa do 30 kalendárnych dní (pred novelou do 15 dní) od oznámenia o výsledku hlasovania na súd, aby vo veci rozhodol resp. aby súd pozastavil účinnosť rozhodnutia vlastníkov, inak jeho právo zaniká. Ak sa vlastník bytu alebo nebytového priestoru v dome nemohol o výsledku hlasovania dozvedieť, má právo obrátiť sa na súd najneskôr do troch mesiacov od hlasovania, inak jeho právo zaniká.

V prípade záujmu o viac informácií nás kontaktujte emailom alebo telefonicky na nižšie uvedených číslach.

Kontakt pre ďalšie informácie



Silvia Podlipná
advokátka (SK) v spolupráci s Rödl & Partner
Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 444
E-mail: silvia.podlipna@roedl.sk

Dane

> Novela zákona č. 595/2003 Z.z. o dani príjmov

Peter Alföldi, Juraj Horniak, Rödl & Partner Bratislava

V najnovšom vydaní mandátneho listu by sme Vám chceli priblížiť plánovanú rozsiahlu novelu zákona č. 595/2003 Z.z. o dani príjmov, ktorá by mala byť účinná od 1.1.2015. Ak bude novela schválená v navrhovanom znení, prinesie daňovníkom veľa zmien, pričom možno konštatovať, že priestor na daňovú optimalizáciu sa zužuje. Z najdôležitejších zmien vyberáme:

- > **Zavedenie pravidiel podkapitalizácie (thin capitalisation):** Návrh novely obmedzuje u právnických osôb daňovú uznateľnosť úrokov z úverov a pôžičiek poskyt-

- nutých zahraničnými alebo tuzemskými prepojenými osobami, výšku neuznanej časti úrokov však nestanovuje na základe logického kritéria pomeru vlastného imania k cudzím zdrojom od prepojených osôb, ale len na základe dosiahnutého výsledku hospodárenia. Neuznaným výdavkom by tak mali byť úroky presahujúce 25 % hodnoty ukazovateľa vypočítaného ako súčet výsledku hospodárenia pred zdanením a v ňom zahrnutých odpisov a nákladových úrokov (EBITDA). Uvedené pravidlá sa nebudú vzťahovať na finančné inštitúcie a subjekty kolektívneho investovania.
- > **Stanovenie ceny pri transakciách s tuzemskými závislými osobami:** Novela navrhuje zosúladiť požiadavky na transferové oceňovanie pri zahraničných a tuzemských závislých osobách. Doterajšia úprava transferového oceňovania vrátane povinnosti viesť dokumentáciu o použitej metóde ostáva v platnosti bez zmien, pôsobnosť sa však rozširuje aj na tuzemské závislé (prepojené) osoby. Vzhľadom na absenciu prechodného obdobia odporúčame v prípade transakcií s tuzemskými spriaznenými osobami tieto dôkladne zmonitorovať a zdokladovať.
 - > **Odpisové skupiny, metódy odpisovania:** Novelou by sa mal rozšíriť počet odpisových skupín zo súčasných 4 na 6, a to zavedením novej odpisovej skupiny 3 s dobou odpisovania 8 rokov a novej odpisovej skupiny 6 s dobou odpisovania 40 rokov. Nová odpisová skupina 3 by mala zahŕňať vybrané položky majetku technologického charakteru, ktoré tak bude možné dostať rýchlejšie do daňových výdavkov. Do novej skupiny 6 by mali byť priradené vybrané typy administratívnych budov, hotely a pod. Zmenu odpisovej skupiny bude potrebné zohľadniť prvýkrát v zdaňovacom období začínajúcom po 31.12.2014, a to aj pri už odpisovanom majetku (bez nutnosti spätných zmien). Novela súčasne plánuje zaviesť obmedzenie pri výbere metódy odpisovania, keďže metódu zrýchleného odpisovania bude možné využiť iba pri (nových) odpisových skupinách 2 a 3.
 - > **Prerušenie odpisov:** V zmysle novely by mal byť daňovník povinný prerušiť daňové odpisy v prípade hmotného majetku nevyužívaného na dosiahnutie zdaniteľných príjmov (s výnimkou majetku rezervného a poisťovného charakteru) ako aj v prípade, ak v dôsledku zmien zdaňovacích období (z kalendárneho roka na hospodársky rok a naopak) má v priebehu dvoch kalendárnych rokov tri zdaňovacie obdobia. Na druhej strane daňovník nebude môcť späťne prerušiť daňové odpisy resp. späťne uplatniť prerušené daňové odpisy prostredníctvom podaného dodatočného daňového priznania, ak korigované obdobie je alebo bolo predmetom daňovej kontroly.
 - > **Zrušenie tzv. lízingového odpisovania:** Novela zákona predpokladá zjednotenie spôsobu odpisovania hmotného majetku prenajatého formou finančného prenájmu s inými formami obstarania. Tzv. lízingový majetok sa po novom odpíše u nájomcu počas doby ustanovenej v zákone o dani z príjmov (t.j. v závislosti od zaradenia do príslušnej odpisovej skupiny). Nové pravidlá by sa pritom v zmysle prechodných ustanovení uplatnili už na všetky nájomné zmluvy uzatvorené od 1.1.2004.
 - > **Limitácia odpisov u prenajímateľa:** V prípade operatívneho prenájmu by daňové odpisy u prenajímateľa mali byť po novom limitované výškou časovo rozlíšenej sumy príjmov z prenájmu za príslušné zdaňovacie obdobie, pričom posudzovanie by malo byť vykonávané po jednotlivých majetkových položkách.
 - > **Zmarené investície:** Podľa novely by sa zmarené investície nemali zahrňovať do základu dane jednorazovo v súlade s ich zaúčtovaním, ale rovnomerne počas 36 mesiacov, počnúc mesiacom, v ktorom daňovník účtoval o zrušení prác a trvalom zastavení prác.
 - > **Osobné automobily:** Novela plánuje zaviesť limit na odpisy v prípade „luxusných“ automobilov s hodnotou vyššou ako 48.000 EUR, kde budú odpisy z nadlimitnej časti hodnoty vozidla daňovo uznané iba v prípade, ak daňovník dosiahne dostatočne vysoký základ dane pomerne pripadajúci na jedno luxusné vozidlo (12.000 EUR). Obdobná regulácia by mala platiť v prípade nájomného pri operatívnom leasingu „luxusných“ automobilov, kde bude možná plná daňová uznateľnosť iba v prípade, ak základ dane/vozidlo dosiahne 14.400 EUR.
 - > **Rezervy:** V zmysle novely by daňovým výdavkom už nemala byť tvorba rezervy na nevyfakturované dodávky a služby, rezervy na zostavenie, overenie, zverejnenie účtovnej závierky a výročnej správy a rezervy na zostavenie daňového priznania.
 - > **Odpis pohľadávok:** Novela ďalej prísťuje podmienky daňovej uznateľnosti odpisu pohľadávok, nakoľko ruší možnosť odpisu tzv. drobných pohľadávok v menovitej hodnote nepresahujúcej sumu 332 EUR. Uvedené pohľadávky by mali po novom podliehať rovnakým kritériám ako ostatné pohľadávky. Odpis pohľadávok nezahrnutých do zdaniteľných príjmov (napr. úverových) by už nemal byť daňovým výdavkom ani v prípadoch viažucich sa ku konkurzu, úmrtiu dlžníka, zastaveniu exekúcie resp. rozhodnutia (s výnimkou daňovníkov – bánk resp. poskytovateľov spotrebných úverov).
 - > **Výdavky uznateľné po zaplatení:** Zoznam nákladov, ktoré sa stávajú daňovými výdavkami až po zaplatení, sa rozširuje o.i. o náklady na marketingové štúdie a iné štúdie a na prieskum trhu, ktoré sa budú po splnení podmienky zaplatenia zahrňovať do základu dane rovnomerne počas 36 mesiacov. Kritériu zaplatenia by mali po novom podliehať aj náklady na poradenské a právne služby, nájomné za prenájom hmotného a nehmotného majetku ako aj odplaty za sprostredkovanie (vrátane sprostredkovania na základe mandátnych zmlúv alebo

obdobných zmlúv). V prípade odplát za sprostredkovanie sa navyše zavádza limit daňovej uznateľnosti do výšky 10 % z hodnoty sprostredkovaného obchodu.

> **Výdavky na majetok charakteru osobnej spotreby:**

V prípade vymedzených druhov majetku (napr. spotrebná elektronika, nábytok, osobné automobily) sa stanovuje hranica uplatnenia daňových výdavkov na jeho obstaranie, prevádzkovanie, opravy a udržiavanie a technické zhodnotenie najviac do výšky 80 % (rovnaký limit sa uplatní na daňové odpisy tohto majetku). Pokiaľ však daňovník preukáže, že predmetný majetok používa iba na podnikateľské účely, bude si môcť uplatniť daňové výdavky v plnej výške.

> **Zmluvné pokuty, poplatky z omeškania, úroky z omeškania u dlžníka:** V zmysle navrhovaného znenia novely by uvedené výdavky nemali byť naďalej daňovým výdavkom.

> **Zamestnanecké benefity:** Po novele zákona by malo byť jednoznačne zadefinované, že daňovým výdavkom zamestnávateľa sú aj „nadlimitné“ výdavky uhrádzané ako nároky zamestnancov, ak takéto vyššie nároky vyplývajú z kolektívnej, pracovnej alebo inej zmluvy zamestnávateľa resp. interných predpisov a u zamestnanca sú zdaniteľným príjmom zo závislej činnosti. Pri zdanení benefitov u zamestnanca zákon zavádza dve voliteľné možnosti výpočtu zdaniteľného príjmu (bez resp. s brutáciou benefitu), pričom hodnota brutácie takisto predstavuje u zamestnávateľa daňový výdavok.

> **Členské príspevky** vyplývajúce z nepovinného členstva v právnickej osobe zriadenej na účel ochrany záujmov budú daňovým výdavkom do výšky 5 % základu dane, max. však do výšky 30.000 EUR ročne. Po novom sa teda mení základňa ako aj percentuálna sadzba pre výpočet.

> **Reklamné predmety:** Novela jednoznačne stanovuje, že poskytnuté tabakové výrobky a alkoholické nápoje nie je možné považovať za reklamné predmety, nebudú tak daňovým výdavkom bez ohľadu na skutočnosť, či ich hodnota presiahne 17 EUR alebo nie (ustanovenie sa nemá týkať daňovníkov, ktorých hlavným predmetom činnosti je výroba tabakových výrobkov a alkoholických nápojov).

> **Lehota na podanie daňového priznania:** Novela zákona opätovne počíta s obmedzeniami v prípade záujmu o predĺženie lehoty na podanie priznania. Predĺženie lehoty o najviac 3 mesiace, resp. 6 mesiacov v prípade príjmov zo zdrojov v zahraničí, by tak bolo možné výlučne na základe rozhodnutia správcu dane o žiadosti daňovníka podanej najneskôr 15 dní pred uplynutím štandardnej lehoty, resp. na základe vlastného podnetu správcu dane.

Kontakt pre ďalšie informácie



Peter Alföldi

daňový poradca, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: peter.alfoldi@roedl.sk

Ekonomika

> Novela zákona o účtovníctve

Zuzana Vargová, Rödl & Partner Bratislava

Zákon č. 352/2013 Z.z. definuje nový typ účtovnej jednotky – Mikro účtovnú jednotku.

Mikro účtovnou jednotkou môžu byť:

- > Obchodné spoločnosti
- > Družstvá
- > Zákonom bližšie špecifikované fyzické osoby
- > Pozemkové spoločenstvá podľa zákona č. 97/2013 Z.z. o pozemkových spoločenstvách

ak

- Za účtovné obdobie, v ktorom vznikla, sa rozhodla postupovať ako mikro účtovná jednotka, alebo
- Ku dňu, ku ktorému sa zostavuje účtovná závierka a za bezprostredne predchádzajúce účtovné obdobie, nedôjde k prekročeniu dvoch z nasledujúcich podmienok: celková suma majetku brutto nepresiahla 350 000 EUR, čistý obrat nepresiahol 700 000 EUR, priemerný prepočítaný počet zamestnancov počas účtovného obdobia nepresiahol počet 10, alebo dve z vyššie uvedených podmienok prekročila len v jednom z dvoch po sebe nasledujúcich účtovných období, pričom v prvom z týchto dvoch účtovných období sa považovala za mikro účtovnú jednotku.

Podľa §2 zákona o účtovníctve sa účtovná jednotka môže rozhodnúť, či sa stane mikro účtovnou jednotkou, pričom ak sa tak rozhodne, je povinná postupovať pri účtovaní a vykazovaní ako mikro účtovná jednotka v období, kým spĺňa zákonné podmienky. Uvedené sa netýka účtovnej jednotky, ktorá vykazuje údaje z účtovníctva podľa medzinárodných účtovných štandardov (§ 17 a).

Rozdiely v oceňovaní majetku v mikro účtovnej jednotke

- > Cenné papiere určené na obchodovanie sa oceňujú obstarávacou cenou. Ku dňu, ku ktorému sa zostavuje účtovná závierka nebudú takéto cenné papiere preceňované na reálnu hodnotu.

- > Mikro účtovná jednotka ku dňu, ku ktorému sa zostavuje účtovná závierka, neoceňuje majetok a záväzky reálnou hodnotou a metódou vlastného imania. Oslobodenie sa nevzťahuje na prípad zániku účtovnej jednotky bez likvidácie.

Novela postupov účtovania pre podnikateľov

S účinnosťou od 1. januára 2014 je v platnosti Opatrenie č. MF/17922/2014-74 zo 16. Decembra 2013, ktorým sa novelizovali postupy účtovania pre podnikateľov účtujúcich v sústave podvojného účtovníctva.

Zmeny sa dotýkajú

> účtovníctva mikro účtovnej jednotky,

Osobitne je upravený postup účtovania derivátov – nebudú sa oceňovať reálnou hodnotou. Spôsob úpravy účtovania pri derivátoch k prvému dňu obdobia, v ktorom sa stala mikro účtovnou jednotkou upravuje § 16 ods. 32 a 33 postupov účtovania. V účtovníctve účtovnej jednotky, ktorá účtovala o derivátoch v predchádzajúcich obdobiach sa zostatok na účte 414- Oceňovacie rozdiely z precenenia majetku a záväzkov odúčtuje opačným účtovným zápisom ako sa účtovala tvorba.

Zostatok na účte 373 – Pohľadávky a záväzky z pevných termínových operácií, zostatok na účte 376- Nakúpené opcie a zostatok na účte 377 – Predané opcie, na ktorých sa účtovala zmena reálnej hodnoty derivátov so súvzťažným do nákladov alebo výnosov sa odúčtuje na účet 428 – nerozdelený zisk minulých rokov alebo na účet 429 – Neuhradená strata minulých rokov.

Účtovanie pri predaji podniku alebo jeho časti sa v účtovníctve predávajúceho, ktorý je mikro účtovnou jednotkou, účtuje predávaný majetok podniku alebo jeho časti na účet nákladov 548 – Ostatné náklady na hospodársku činnosť a záväzky voči účtu 648- Ostatné výnosy z hospodárskej činnosti. Predajná cena sa účtuje na účet 371 – Pohľadávky z predaja podniku voči účtu 648 – Ostatné výnosy z hospodárskej činnosti.

Nevýznamné sumy výnosov a nákladov, ktoré sa každoročne opakujú ako sú napríklad náklady na telefónne poplatky, poplatky za odpad, predplatné sa časovo nerozlišujú.

Škody vzniknuté na majetku z mimoriadnych príčin sa v mikro účtovných jednotkách účtujú podľa § 68 ods. 8 - na účtoch 549, 548, 501 504, 61 - Zmena stavu vnútroorganizačných zásob.

- > účtovania odloženej dane z príjmov, ktorú podľa predchádzajúcich pravidiel bolo potrebné účtovať aj po zániku povinnosti mať overenú účtovnú závierku audítorom.

V spoločnosti, ktorej zanikla povinnosť účtovať o odloženej dani z príjmov a nebude o nej účtovať ani dobrovoľne, odúčtuje odloženú daň vykázanú na účte 481 - Odložený daňový záväzok a odložená daňová pohľadávka opačným zápisom ako sa účtovala jej tvorba

a to súvzťažným zápisom na účet 414 - Oceňovacie rozdiely z precenenia majetku a záväzkov alebo na účet 428 - Nerozdelený zisk minulých rokov alebo na účet 429 - Neuhradená strata minulých rokov, ak sa tvorba účtovala na účte 592 - Odložená daň z príjmov z bežnej činnosti alebo na účte 594 - Odložená daň z príjmov z mimoriadnej činnosti.

Pre tie účtovné jednotky, ktoré majú povinnosť auditu, povinnosť účtovania o odloženej dani z príjmov nezaničí.

Kontakt pre ďalšie informácie



Zuzana Vargová

audítorka

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: zuzana.vargova@roedl.sk

> Pracovná cesta, cestovné náhrady a ich vyúčtovanie

Ján Beleš, Rödl & Partner Bratislava

Nakoľko v praxi jednotlivých spoločností sa neustále objavujú nejasnosti pri zúčtovávaní pracovných ciest, v nasledujúcich riadkoch Vám predkladáme prehľad najdôležitejších informácií potrebných k správne spracovaniu vyúčtovania služobnej cesty.

Vyslanie na pracovnú cestu a určenie podmienok pracovnej cesty

Pracovná cesta v zmysle Zákona o cestovných náhradách je čas od nástupu zamestnanca na cestu na výkon práce do iného miesta, ako je jeho pravidelné pracovisko, vrátane výkonu v tomto mieste do skončenia pracovnej doby. **Pravidelným pracoviskom** zamestnanca je miesto výkonu práce písomne dohodnuté so zamestnancom. Zákon o cestovných náhradách ustanovuje všeobecné podmienky poskytovania cestovných náhrad. Stanovenie presných pravidiel a zásad pri poskytovaní cestovných náhrad je potrebné upraviť **v internej smernici** zamestnávateľa.

Zamestnávateľ vysielajúci zamestnanca na pracovnú cestu **je povinný** v zmysle §3 Zákona o cestovných náhradách písomne určiť podmienky pracovnej cesty:

- > **miesto nástupu na pracovnú cestu** - ktorým je obvykle miesto pravidelného pracoviska,

- > **miesto výkonu práce na pracovnej ceste** - určené konkrétnym miestom,
- > **čas trvania pracovnej cesty** - stanovený dňom a hodinou nástupu na pracovnú cestu a predpokladaným dňom, prípadne aj hodinou skončenia pracovnej cesty, čas trvania pracovnej cesty má význam pre posúdenie nároku na cestovné náhrady,
- > **spôsob dopravy pri pracovnej ceste** - určený dopravným prostriedkom, ktorý má zamestnanec použiť (autobus, vlak, lietadlo, služobné alebo vlastné motorové vozidlo, taxi, miestna verejná hromadná doprava), pri použití cestného motorového vozidla iného než vozidla zamestnávateľa je potrebné so zamestnancom uzatvoriť písomnú dohodu o použití cestného motorového vozidla,
- > **miesto skončenia pracovnej cesty.**

Zamestnávateľ môže určiť aj ďalšie podmienky pracovnej cesty napr. spôsob ubytovania, spolucestujúce osoby a pod. Určenie podmienok pracovnej cesty sa v praxi realizuje prostredníctvom vyplnenia cestovného príkazu pred nástupom na pracovnú cestu. Cestovný príkaz by mal obsahovať všetky náležitosti účtovného dokladu a údaje vyplývajúce zo Zákona o cestovných náhradách. Závazný formulár cestovného príkazu právnym predpisom stanovený nie je.

Vyúčtovanie cestovných náhrad

Zamestnanec je povinný predložiť **do 10 pracovných dní** odo dňa skončenia pracovnej cesty zamestnávateľovi písomné doklady potrebné na vyúčtovanie náhrad a vrátiť nevyúčtovaný preddavok.

Lehotu je možné predĺžiť v kolektívnej zmluve, v písomnej dohode so zamestnancom alebo vo vnútornom predpise zamestnávateľa. Lehotu možno však predĺžiť najdlhšie do konca kalendárneho mesiaca nasledujúceho po kalendárnom mesiaci, v ktorom bola pracovná cesta skončená.

Zamestnávateľ je povinný **do 10 dní** od predloženia písomných dokladov vykonať vyúčtovanie pracovnej cesty a uspokojiť nároky zamestnanca.

Lehotu je tiež možné predĺžiť v kolektívnej zmluve, alebo v písomnej dohode so zamestnancom alebo vo vnútornom predpise zamestnávateľa. Lehotu možno však predĺžiť najdlhšie do konca kalendárneho mesiaca nasledujúceho po kalendárnom mesiaci, v ktorom boli predložené písomné doklady.

V zmysle Zákona č. 283/2002 Z. z. o cestovných náhradách zamestnancovi vyslanému na pracovnú cestu patrí:

1. náhrada preukázaných cestovných výdavkov,
2. náhrada preukázaných výdavkov za ubytovanie,
3. stravné,
4. náhrada preukázaných potrebných vedľajších výdavkov,
5. náhrada preukázaných cestovných výdavkov za cesty na návštevu jeho rodiny do miesta pobytu alebo medzi alebo zamestnávateľom a zamestnancom vopred dohodnutého miesta pobytu rodiny na území Slovenskej

republiky, ak podľa určených podmienok pracovná cesta trvá viac ako 7 po sebe nasledujúcich kalendárnych dní, a to každý týždeň, ak nie je v kolektívnej zmluve, prípadne v pracovnej zmluve alebo v inej písomnej dohode so zamestnancom dohodnutá táto náhrada za dlhší čas, najdlhšie však za jeden mesiac.

1. Náhrada preukázaných cestovných výdavkov

Náhrada preukázaných cestovných výdavkov patrí v zmysle Zákona o cestovných náhradách medzi nárokové náhrady. Cestovnými výdavkami sa rozumejú:

- > výdavky na cestovné lístky (pri použití autobusu a vlaku),
- > výdavky na letenky (pri použití lietadla),
- > výdavky na MHD,

V prípade, ak sa zamestnanec **písomne** dohodne so zamestnávateľom, že pri pracovnej ceste použije súkromné motorové vozidlo, patria mu náhrady za používanie cestných motorových vozidiel pri pracovných cestách v zmysle § 7 Zákona o cestovných náhradách. Zamestnancovi patrí v zmysle § 7 ods. 1 základná náhrada za každý 1 km a náhrada za spotrebované pohonné látky.

- > **základná náhrada za každý km** - je s účinnosťou od 1.1.2009 do dnešného dňa v zmysle opatrenia Ministerstva práce, sociálnych vecí a rodiny SR č. 632/2008 Z. z. o sumách základnej náhrady za používanie cestných motorových vozidiel pri pracovných cestách, stanovená pevnou sumou pre osobné cestné motorové vozidlá vo výške 0,183 EUR.
- > **náhrada za spotrebované pohonné látky** - sa stanoví v závislosti od celkového počtu najazdených kilometrov, cien pohonných látok platných v čase použitia motorového vozidla a spotreby pohonných látok uvedenej v technickom preukaze cestného motorového vozidla. Cenu pohonnej látky preukazuje zamestnanec dokladom o kúpe pohonnej látky, z ktorého je **zrejmá súvislosť s pracovnou cestou**. Ak zamestnanec nepreukáže cenu pohonnej látky, na výpočet sa použije cena, ktorá platila v čase nástupu na pracovnú cestu zistená Štatistickým úradom Slovenskej republiky.

2. Náhrada preukázaných výdavkov za ubytovanie

Náhrada výdavkov za ubytovanie patrí zamestnancovi na základe predložených dokladov o ubytovaní, ktoré musia obsahovať základné náležitosti účtovného dokladu podľa §10 Zákona č. 431/2002 Z. z. o účtovníctve.

3. Stravné

Suma stravného je stanovená v závislosti od dĺžky trvania pracovnej cesty v kalendárnom dni. Sumu stravného pri **tuzemskej pracovnej ceste** ustanovuje opatrením Ministerstvo práce, sociálnych vecí a rodiny SR. S účinnosťou od 24.8.2012 sú v zmysle opatrenia MPSVaR SR č. 248/2012 Z. z. sumy stravného nasledovné:

- > 4,00 EUR pre časové pásmo od 5 hodín do 12 hodín,

- > 6,00 EUR pre časové pásmo nad 12 hodín do 18 hodín,
- > 9,30 EUR pre časové pásmo nad 18 hodín.

Základné sadzby stravného v eurách alebo v cudzej mene za každý kalendárny deň **zahraničnej pracovnej cesty** sú stanovené všeobecne záväzným právnym predpisom, ktorý vydá Ministerstvo financií Slovenskej republiky. Základná sadzba stravného pre zahraničnú pracovnú cestu je stanovená v závislosti od dĺžky trvania zahraničnej pracovnej cesty nasledovne:

Trvanie zahraničnej pracovnej cesty	Náhrada stravného
do 6 hodín vrátane	25 % základnej sadzby stravného
nad 6 hodín až 12 hodín	50 % základnej sadzby stravného
nad 12 hodín	100 % základnej sadzby stravného

V zmysle Zákona o cestovných náhradách sa stravné zamestnancovi **kráti**, ak mu bolo preukázateľne poskytnuté bezplatné stravovanie za ktorýkoľvek deň na pracovnej ceste. Zamestnanec je povinný uviesť vo výúčtovaní pracovnej cesty informáciu o poskytnutí bezplatného stravovania. Zníženie základnej sumy stravného v závislosti od poskytnutého stravovania je uvedené nasledovne:

Krátenie stravného pri tuzemskej pracovnej ceste:

- Raňajky - 25 % zo sumy stravného pre časové pásmo nad 18 hodín,
- Obed - 40 % zo sumy stravného pre časové pásmo nad 18 hodín,
- Večera - 35 % zo sumy stravného pre časové pásmo nad 18 hodín.

Krátenie stravného pri zahraničnej pracovnej ceste:

- Raňajky – 25 % zo sumy stravného pre časové pásmo nad 12 hodín,
- Obed – 40 % zo sumy stravného pre časové pásmo nad 12 hodín,
- Večera – 35 % zo sumy stravného pre časové pásmo nad 12 hodín.

Kontakt pre ďalšie informácie



Ján Beleš

účtovník, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: jan.beles@roedl.sk

Tvoríme základy

„Naše znalosti tvoria základ nášho poradenstva. Na nich spolu s našimi mandantmi stavíme.“

Rödl & Partner

„Naše jedinečné ľudské veže môžu vyrásť len vtedy, ak majú pevný základ.“

Castellers de Barcelona



„Každý jednotlivec je dôležitý“ - u Castellers a u nás.

Ľudské veže jedinečným spôsobom symbolizujú podnikovú kultúru spoločnosti Rödl & Partner. Stelesňujú našu filozofiu súdržnosti, vyváženosti, odvahy a tímového ducha. Znážorňujú rast z vlastných síl, ktorý urobil zo spoločnosti Rödl & Partner to, čím je dnes.

„Força, Equilibri, Valor i Seny“ (sila, stabilita, odvaha a rozum) je katalánske heslo všetkých Castellers, ktoré veľmi výstižne vyjadruje ich základné hodnoty. Toto heslo oslovilo aj nás a charakterizuje našu mentalitu. Preto spoločnosť Rödl & Partner v máji 2011 nadviazala spoluprácu s Castellers de Barcelona - predstaviteľmi tejto dlhoročnej tradície stavania ľudských veží, ktorí spolu s inými stelesňujú toto duchovné kultúrne dedičstvo.

Impressum

Mandantenbrief, Ausgabe September 2014
Mandantný list, vydanie september 2014

Herausgeber/ Vydáva:

Rödl & Partner Bratislava
Lazaretská 8, 811 08 Bratislava
Tel.: + 421 (2) 57 200 411 | www.roedl.com/sk

Verantwortlich für den Inhalt/ Zodpovedný za obsah:

Bereich Recht/Oblasť Právo

JUDr. Maroš Tóth, MBA – maros.toth@roedl.sk

Bereich Steuern/Oblasť Dane

Peter Alföldi – peter.alfoldi@roedl.sk

Bereich Wirtschaft/Oblasť Hospodárstvo

Mikuláš Ivaško – mikulas.ivasko@roedl.sk

Layout/Satz:

Rödl & Partner
Angelika Gál – angelika.gal@roedl.sk

Tento Mandantný list je nezáväznou informačnou publikáciou a slúži na všeobecné informačné účely. Nepredstavuje právne, daňové ani podnikové poradenstvo a nenahrádza individuálne poradenstvo. Pri spracovaní Mandantného listu a informácií v ňom obsiahnutých sa Rödl & Partner neustále snaží o maximálnu dôslednosť, nepreberá však zodpovednosť za správnosť, aktuálnosť a úplnosť informácií. Nakoľko sa tu obsiahnuté informácie nezaoberajú konkrétnymi situáciami jednotlivcov alebo právnických osôb, mal by mandant v konkrétnom prípade požiadať o poskytnutie poradenstva. Rödl & Partner nepreberá zodpovednosť za rozhodnutia, ktoré čitatelia urobia na základe tohto Mandantného listu. Naši poradcovia sú Vám radi k dispozícii.

Celý obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete je duševným vlastníctvom Rödl & Partner a spadá pod ochranu autorských práv. Užívateľia môžu obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete sťahovať, tlačiť alebo kopírovať len pre vlastnú potrebu. Na akékoľvek zmeny, rozširovanie alebo verejné prezentovanie tohto obsahu alebo jeho častí, či už online alebo offline, je potrebný predchádzajúci písomný súhlas spoločnosti Rödl & Partner.